



BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Berlin, 07.03.2019

Roland Rechtsreport 2019

hier: Sonderbericht – Das deutsche Rechts- und Justizsystem aus Sicht von Richtern und Staatsanwälten

Anlage/-n: [Roland Rechtsreport 2019](#)

Sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen,

im Auftrag der Roland Rechtsschutzversicherungs-AG führte das Institut für Demoskopie Allensbach in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Richterbund erneut eine deutschlandweite Befragung von Richtern und Staatsanwälten zu ihren Einstellungen zum deutschen Justizsystem und weiteren Themen durch. Mit der vorliegenden Untersuchung ist die Studie aus dem Jahr 2013 wiederholt worden, um die Ergebnisse zu aktualisieren und zu prüfen, in wieweit Veränderungen im Meinungsbild der Richter und Staatsanwälte sichtbar werden (vgl. BRAK-Nr. 436/2013 v. 09.12.2013).

Diese Studie ist Teil des Roland Rechtsreports, mit dem regelmäßig die öffentliche Meinung zum deutschen Rechtssystem und zu ausgewählten rechtspolitischen Schwerpunktthemen ermittelt wird. Im neunten Jahr in Folge ist eine bevölkerungsrepräsentative Befragung durchgeführt worden, bei der Schwerpunkt zum einen die Langzeitanalyse des Vertrauens in wichtige gesellschaftliche und staatliche Institutionen sowie die Ermittlung der grundsätzlichen Einstellung zum deutschen Rechtssystem als auch die Bekanntheit und Einstellungen der Bevölkerung zur außergerichtlichen Streitbeilegung sind.

Durch die aktuelle Untersuchung wird die Perspektive der Bevölkerung zum deutschen Rechtssystem um die Perspektive der Einstellungen und Bewertungen von Richtern und Staatsanwälten in Deutschland erweitert.

Wie Jens Gnisa, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes, in seinem Geleitwort (siehe S. 37 der Anlage) äußert, würden die Ergebnisse der Studie „aufhorchen“ lassen und einem Hilferuf der Justizpraktiker gleichkommen. Daher würden sich aus den alarmierenden Umfrageergebnissen dringende Handlungspflichten von Bund und Ländern ergeben, den Pakt für den Rechtsstaat konsequent umzusetzen.

Aus dem Roland Rechtsreport 2019 geht hervor, dass 88 % der Bundesbürger sowie 75 % der Richter und Staatsanwälte die Dauer vom Gerichtsverfahren in Deutschland für viel zu lange beurteilen. Weiter bezweifeln 61 % der Bürger, aber auch 57 % der Richter und Staatsanwälte, dass es eine einheitliche Rechtsprechung in Deutschland gibt. Vielmehr sind sie der Auffassung, dass das Strafmaß stark vom zuständigen Gericht abhängt. Auch nehmen sowohl die befragten Bürger als auch die Vertreter der Justiz eine zunehmende Überlastung der Gerichte wahr. Vier von fünf Bürgern halten die deutschen Gerichte für überlastet. Dies deckt sich mit den Erfahrungen aus der Praxis: Laut der vorliegenden Studie klagen 82 % der Richter und sogar 92 % der Staatsanwälte über zu wenig Personal an ihren Dienststellen. Fast zwei Drittel bezeichnen die technische Ausstattung am Arbeitsplatz als sehr schlecht oder eher schlecht. 64 % haben den Eindruck, nicht genügend Zeit für ihre Rechtsfälle zur Verfügung zu haben.

Angesichts der fehlenden Ressourcen – zu wenig Zeit, zu wenig Personal, eine schlechte technische Ausstattung – kommt die Mehrheit der Richter und Staatsanwälte (57 %) zu dem Schluss, dass sich die Rahmenbedingungen für eine gute Rechtsprechung in Deutschland in den vergangenen Jahren verschlechtert haben. Das spiegeln auch die Bürger wieder, die bereits persönliche Erfahrungen vor Gericht gemacht haben: Sie äußern sich deutlich kritischer über die Justiz als Personen ohne Prozessfahrung. Lediglich 21 % von ihnen (Nicht-Prozessbeteiligte: 30 %) denken, dass die Gerichte gründlich und gewissenhaft arbeiten – nur 22 % stimmen der Aussage zu, dass an deutschen Gerichten alles mit rechten Dingen zugeht (Nicht-Prozessbeteiligte: 32 %).

Aller Kritik zum Trotz haben die Bürger nach wie vor großes Vertrauen in das Rechtssystem in Deutschland: Insgesamt 64 % der Bürger haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die deutschen Gerichte und Gesetze.

Ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchung bildet das Thema Datenschutz (siehe S. 28 ff. der Anlage). Laut 35 % der Befragten sind die geltenden Datenschutzbestimmungen angemessen; 38 % gehen sie sogar zu weit, sie halten sie für übertrieben. Jeder Zweite fühlt sich sehr gut oder gut durch die Datenschutzgesetze geschützt. Besonders sicher fühlt sich die Generation der unter 30jährigen, von denen sich 59 % (sehr) gut geschützt fühlen.

Ungeachtet des allgemeinen Sicherheitsgefühls halten es 70 % der Bürger für notwendig, dass die Politik strengere Vorschriften für Unternehmen durchsetzt, welche persönliche Daten ihrer Nutzer gesammelt oder gespeichert werden dürfen. Jedoch überrascht es angesichts der jüngsten Datenskandale, dass die Vehemenz dieser Forderung abgenommen hat: vor fünf Jahren verlangten noch 78 %, dass die Politik gegenüber Unternehmen wie Google, Apple oder Facebook härtere Regeln aufstellen müsste.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Rechtsanwältin Jennifer Witte
Referentin